

Erneuerung der Wirtschaftsordnung in der Krise der Industriegesellschaft*

I. Erneuerung der Wirtschaftsverfassung

I.1. Reformstau in der Sozialen Marktwirtschaft

Die Diskussion über die Reformierbarkeit der technisch hochentwickelten modernen Gesellschaften befindet sich in einer dauernden Verlegenheit. Der technisch-wirtschaftlichen Dynamik steht eine tatsächliche oder unterstellte Steuerungsunfähigkeit der demokratischen Politik gegenüber. Dabei ist es nicht erheblich, ob man noch von der Industriegesellschaft spricht oder meint, daß diese von der Dienstleistungs- und der Informationsgesellschaft überholt worden sei. Unter der Logik der Industriegesellschaft verstehen wir das Prinzip einer wissenschaftlich angeleiteten Gesellschaft, die ihre Lebensgrundlage ständig durch gesteigerte Güterproduktion intensiv und extensiv auf Kosten der Natur ausweitet. Der Rationalität der Wissenschaft entspricht die gewisse Berechenbarkeit der Märkte, sofern diese wissenschaftliche Ergebnisse in marktgängige Produkte umsetzen und sofern sie unbarmherzig veraltete Produktionsformen, Sozialstrukturen und politische Systeme mit dem geschichtlichen Aus bedrohen.

Bedroht ist das Erfolgsmodell Deutschland und das, was von der ehemals vorbildhaften „Sozialen Marktwirtschaft“ in Deutschland übriggeblieben ist. Die beabsichtigte Einführung des „Euro“ erfolgt zu einem so schwierigen Zeitpunkt, daß auch die der neuen Währung unterstellte wirtschaftliche Heilungskraft die Zuspitzung der strukturellen Probleme nicht wird verhindern können. Vielmehr wird die neue Währung durch weitere Öffnung der Konkurrenz die Standortnachteile der deutschen mittelständischen Wirtschaft dramatisch offenbaren. Deshalb ist umgekehrt das große Währungsprojekt gerade durch die jahrzehntelange Vernachlässigung der strukturpolitischen „Hausaufgaben“ gefährdet.

Zu den aufgeschobenen Problemen gehört nicht nur die zunehmend unerträgliche Komplexität und Ungerechtigkeit des Steuersystems, das die Kapitalflucht in großem Stil fördert. Dazu gehört die zunehmende Unbezahlbarkeit der sozialen Sicherungssysteme. Dazu gehören Sozialbudgets, die zum größten Posten der öffentlichen Haushaltsführung geworden sind und längst nicht mehr nur die Bedürftigsten, sondern tendenziell alle Teile der Bevölkerung auf hohem Wohlstandsniveau zu Zahlern und Empfängern gleichzeitig innerhalb eines undurchschaubaren Umverteilungssystems machen. Der politische Schaden wird im Aufklaffen der Einkommensschere und in den immer größeren sozialen Unterschieden sichtbar. Hinter der beschönigenden Vokabel des „Wertewandels“ vollzieht sich zugleich der Verlust der sozialen Verhaltensnormen bis hin zu den verfeinerten alltäglichen Formen der Wirtschafts- und Steuerkriminalität. Festgestellt wird ein Verfall der Gemeinschaftsfähigkeit, der Familien und Ehen und daher der natürlichen, kulturellen und letztlich politischen Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft. Eines folgt aus dem anderen und die Komplexität der Zusammenhänge scheint, nach Aussagen von Politologen und Soziologen, die Kompetenz der Politik zu überfordern.

Der Ausweg, sich von politologischen Abstraktionen zu befreien und sich wieder als historische Schicksals- und Kulturgemeinschaft, das heißt als „Volk“ im traditionellen Sinne zu verstehen, um die anstehenden großen Strukturprobleme in einem nationalen Diskussionsprozeß auf den Punkt zu bringen und die Unausweichlichkeit der notwendigen Lösungen bewußt zu machen - dieser Ausweg scheint gerade in Deutschland durch viele Wenss und Abers vorerst noch verbaut. Die Politik wähnt sich in einer viel schwierigeren Lage und traut sich viel weniger zu, als sich Opposition und Regierungen in der Nachkriegsära zutrauten. Deshalb scheint es gerechtfertigt, zu den Gründervätern der „Sozialen Marktwirtschaft“ zurückzukehren und zu fragen, ob nicht einige der Kerngedanken, die in die damalige Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ eingegangen waren, unter den veränderten Umständen der Gegenwart erneut fruchtbar sein könnten.

* Der vorliegende Text ist die aktualisierte Fassung eines Seminarvortrags, der auf der 5. Weikersheimer Hochschulwoche im September 1996 gehalten wurde. Erstabdruck in: Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft und Kulturstaat Deutschland, Weikersheim/Bonn (1998), 36–64. Zweitabdruck in: Rosa Maute (Hrsg.): Zukunft und Chancen der Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart 36–72. (2004)

I.2. Walter Euckens Reformansatz

I.2.1 Der Ordo-Gedanke: Zivilisierung des Fortschritts

"Industrialisierung und moderne Technik haben einen einzigartigen Umsturz in der Geschichte bewirkt. Die wirtschaftlich-technische Umwelt jedes einzelnen Menschen hat sich völlig geändert; die Umwelten Goethes und Platons waren einander ähnlicher als die Umwelt Goethes und eines heute lebenden Menschen. Die Lebensform der Menschen hat sich dadurch geändert.

... Die fundamentalen Fragen der Welt und des Menschen sind an keine Zeit gebunden. Die Weisen des Altertums sagen uns ebensoviel wie Kant oder Goethe. Aber die Probleme der Wirtschaftspolitik erhielten mit der Technisierung, Industrialisierung, Vermassung und Verstädterung einen neuen Inhalt, und erst jetzt, nach einer gewissen geschichtlichen Erfahrung, sind die Menschen dazu gerüstet, sie zu bewältigen. Nun aber ist es Zeit, denn sonst erdrückt der industrielle Apparat den Menschen.

Walter Eucken (Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1952, S.1, S.15)

Walter Eucken, der Begründer der Freiburger Schule, war sich wie nur ganz wenige andere Wirtschaftswissenschaftler der historischen Bedeutung und Bedingtheit seines eigenen Faches bewußt. Seiner Leistungen müssen wir zuerst gedenken, wenn wir den Kern ordnungspolitischer Reformen unter den Bedingungen technisch-wirtschaftlichen Fortschritts erfassen wollen. Das Wissen um die weltgeschichtlich beispiellose Dynamik des knapp zweihundertjährigen Experiments mit der "modernen" Industriegesellschaft beherrschte sein ganzes Denken und trieb seine wissenschaftliche Arbeit an.

Im Gegensatz zu den klassischen Liberalen empfanden Eucken und seine Schule den Fortschritt nicht nur als Vorteil, sondern auch als Problem. Darin waren sie Konservative. Der Ordo-Gedanke, den Eucken zur Ergänzung und klügeren Strukturierung des liberalen Wirtschaftssystems einbrachte, deckt sich geradezu mit dem Kernanliegen des politischen Konservatismus der Neuzeit. Es ging dem Begründer der "Freiburger Schule" um nichts weniger als die Zählung, ja sogar Zivilisierung des Fortschritts, der in der liberalen Marktwirtschaft freigesetzt wird.

Damit war Eucken, was sein Motiv angeht, ein Liberalkonservativer, dessen Gedanken hervorragend geeignet waren, in die nachfolgende Adenauer-Ära Deutschlands hineinzuwirken. War es möglich, der beispiellos produktiven, beispiellos unübersichtlichen, ja sogar beispiellos bedrohlichen Wirtschaftsdynamik eine Ordnung zu geben, sie beherrschbar zu machen, gewissermaßen zu "kanalisieren"? Walter Eucken glaubte daran. Nach dem Scheitern der Politik des "Laissez-faire" im 19. Jahrhundert, dem Scheitern der "Wirtschaftspolitik der Experimente" und schließlich auch des wirtschaftlichen Zentralismus schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lagen nach seiner Überzeugung genügend Erfahrungen vor, um das komplexe Lenkungssystem moderner volkswirtschaftlicher Produktion und Verteilung zu begreifen und effektiver zu steuern.

I.2.2 Ordnungspolitik als kreative Daueraufgabe

Die Disproportionalität zwischen den gewaltigen Leistungen der Naturwissenschaft und Technik auf der einen Seite, den ungenügenden Ordnungen auf der anderen, muß überwunden werden. Hier liegt eine große Aufgabe des Denkens, aber sie ist noch nicht in Angriff genommen. Das Problem wird noch nicht einmal gesehen. Vor allem fehlt es an einem: die Interdependenz der Ordnungen wird nur von wenigen erkannt. Mit antiquierten Schlachtrufen und Waffen werden die Kämpfe der Parteien geführt. Und es wird nicht gesehen, daß das zentrale Problem unserer Zeit - die soziale Frage - in diesem Rahmen seine Stelle hat und nur von hier aus gelöst werden kann.

Walter Eucken (Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1952, 15)

Heute, in den Zeiten eines erneuten unsystematischen Krisenmanagements, bedeutet der "Ordo"-Gedanke Euckens eine der größten denkbaren Provokationen für die Wirtschaftspolitik. Der "Ordo"-Gedanke umschloß nicht nur den Plan für eine effizientere Ordnung der Wirtschaft. "Interdependenz der Ordnungen" bedeutet, daß alle Dimensionen menschlichen Zusammenlebens, also auch die politische, rechtliche, kulturelle und religiöse Dimension zu dem "Rahmen" gehören, ohne den eine Wirtschaft nicht sinnvoll verstanden und organisiert werden kann.

„Interdependenz der Ordnungen“ bedeutet auch, daß in einer komplexen Gesellschaft die wirksamen Normen von Recht und Wirtschaft aufeinander abgestimmt sein und nach logisch zusammenpassenden Prinzipien gestaltet werden müssen. Er nannte unter anderem als „konstituierende Prinzipien“ die Stetigkeit und Voraussehbarkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen (womit er nichts anderes als die Durchsetzung des rechtsstaatlichen Prinzips der Rechtssicherheit in der Wirtschaftspolitik forderte); das Haftungsprinzip, das wirtschaftliche Schäden dem

Verursacher zurechnet; weiterhin Privateigentum und Vertragsfreiheit, offene Märkte, die über die Preise den tatsächlichen Stand von Angebot und Nachfrage wiedergeben; sowie schließlich die geldpolitische Stabilität als Grundbedingung konjunktureller Stabilität. Regelloses Wuchern der Bürokratien, willkürliche, an Augenblicksproblemen orientierte wirtschaftspolitische Entscheidungen, gegeneinander arbeitende Institutionen sollten durch Einhaltung dieser Prinzipien vermieden werden.

Damit sprach er an, was zumindest deutschen Juristen bis in die zwanziger Jahre hinein eine geläufige Selbstverständlichkeit war, nämlich daß es ohne eine in sich stimmige Rechtsdogmatik keine Rechtssicherheit für den Rechtsalltag geben kann. Die Rechtssystematik gestaltet die Formen sowie das Zusammenwirken aller rechtlich geregelten Lebensstatbestände. Von der Verlässlichkeit der Rechtssystematik hängen Einfachheit, Übersichtlichkeit, Vertrauenswürdigkeit, Voraussehbarkeit und somit sogar Gerechtigkeit des geltenden Rechts ab. Es muß hier nicht weiter auf die Rechtswirklichkeit der Bundesrepublik heute eingegangen werden, mit ihrem krebsartigen Wuchern von unsystematischen Ausnahme- und Sonderregelungen, die zumeist nur bestehen, weil vorausgegangene Ausnahmeregelungen unerwünschte Nebenwirkungen gezeigt hatten, die bei einer klareren Rechtssystematik nicht aufgetreten wären. Zu vermerken ist nur, daß ein Großteil der Juristen heute mit dem Begriff Systematik fast nichts anfangen kann, während ein kleinerer Teil mit zynischer Häme oder mit Resignation über das Problem hinwegzugehen gewohnt ist.

Eucken aber wandte die hier verborgene - eigentlich sehr einfache - Einsicht als erster konsequent auf die Theorie der Gestaltung der Wirtschaft und ihrer Formen an. Denn Rechtssystematik ist in ihrer überwiegenden Auswirkung im 20. Jahrhundert Systematik des Wirtschaftsrechts. Rechtspolitik ist in ganz erheblichem Maße Gestaltung der wirtschaftlichen Ordnungsformen aller Art, sei es durch das Kauf- und Vertragsrecht, die Rechtsformen der Unternehmen, der Gewerkschaften und Genossenschaften, durch Betriebsverfassungs- und (heute) Mitbestimmungsrecht, durch rechtliche Gestaltung des Finanz-, Versicherungs- und Bankenwesens, des gesamten Sozialversicherungswesens, durch das Recht der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe, das Gewerbeaufsichts- und -förderungsrecht und vieles andere mehr. Je größer die Komplexität, desto größer die Notwendigkeit rechtlicher Klarheit. In jedem Wirtschafts- oder Verwaltungsbereich sollten die geltenden Normprinzipien eindeutig, das heißt in sich konsistent, sowie klar erkennbar sein. Vor allem durfte man nicht marktwirtschaftliche Lenkungsmechanismen und zentralverwaltungswirtschaftliche Umverteilungslogik in großem Umfang nebeneinander zulassen, weil die entgegengesetzte Lenkungslogik in allen volkswirtschaftlichen Einzelbereichen zu Fehl lenkung und Verschwendung der Ressourcen führen mußte.

Dem Recht kommt nach ordoliberalen Verständnis eine besondere Bedeutung zu, weil es auch den Wechselverhältnissen der großen Lebensordnungen wie Politik, Wirtschaft, Moral, Kultur eine, soweit irgend möglich, objektive und damit verbindliche Gestalt verleiht. Die „Interdependenz der Ordnungen“ ist also der eigentliche Rahmen und Rechtspolitik der entscheidende Schlüssel jeder Gestaltung hochorganisierter moderner Staaten und Gesellschaften.

Zu einer säkularen Herausforderung für die Wirtschaftspolitik wird das Ordnungsproblem aber durch die Geschwindigkeit und unwiderstehliche Kraft, mit der die moderne Industriegesellschaft alle Lebensverhältnisse umwälzt. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Ordnungen ist deshalb für Eucken eine kreative rechtspolitische Daueraufgabe. Die Dynamik der Märkte erfordert immer wieder neue und - wie man heute sagen würde - „schlanke“ rechtliche Rahmenbedingungen. Der Erfindungsreichtum der Unternehmen, den fairen Wettbewerb zu unterlaufen, ruft nach einem effektiven Kartellrecht. Neue Märkte und Herausforderungen verlangen neue Anpassung der Spielregeln, an die alle Marktteilnehmer sich zu halten haben. Ohne eine klare Ausrichtung an „fairen“ Prinzipien ist hier eine einfache und doch wirkungsvolle Gesetzgebung nicht zu erreichen. Der oft erhobene Vorwurf, Euckens Modell sei „statisch“, trifft nicht. Niemand unter den Wirtschaftswissenschaftlern hatte zu seiner Zeit das Problem von Statik und Dynamik, von Kreativität und Steuerbarkeit so prinzipiell thematisiert und auf eine Lösungsmethodik hingewiesen, wie Eucken. Daß sich seine Markttheorie noch nicht ganz auf dem heutigen Stand befand, ist in diesem Zusammenhang ein unerheblicher Einwand. Niemand hatte so sehr wie er auf die Notwendigkeit selbststeuernder Institutionen beharrt. Die großartigste und kreativste selbststeuernde Institution, die geradezu zum historischen Transmissionsriemen menschlicher Kreativität und Dynamik wird, ist der Markt selbst. Eine der ebenfalls erfolgreichsten selbststeuernden Institutionen ist weiterhin, bis heute, die Währungsordnung Deutschlands unter der Leitung der politisch unabhängigen Deutschen Bundesbank. Es war daher politisch richtig, letztere zum Modell einer künftigen Europäischen Zentralbank zu machen.

Am deutlichsten widersprach Eucken der banalen Meinung, ein Markt könne ohne Regeln existieren. Natürlich kann es ohne Übereinkünfte über Formen des Kaufs und Verkaufs, ohne sittliche Grundverhaltensweisen keinen Markt geben. Das ist eine kulturgeschichtliche Erfahrung, die überall und immer dort gemacht werden konnte, wo es Märkte gab. Deshalb ist der Unterschied zwischen Markt, Kriminalität und Krieg in den ehemals zentralverwalteten Regionen der Welt gerade nach dem Jahr 1989 nicht ausreichend bewußt. Das gegenseitige Verhältnis beispielsweise der amerikanischen Firmen als „Krieg“ zu verstehen, enthält eine verhängnisvolle Fehldeutung des westlichen Systems. Es handelt sich in Wahrheit um ein „Turnier“ mit empfindlichem Normenbewußtsein und hohen Einsätzen. Der Markt in hochentwickelten Gesellschaften setzt ein ziviles Rechtsempfinden und letztlich den Rechtsstaat mit seinem Regelwerk voraus.

I.2.3 Nationale Ordnung und globale Dynamik

Die Unmöglichkeit echter struktureller Reformen wird heute gerne mit der Globalisierung der Märkte begründet. Und tatsächlich überfordern die internationalen Konzerne als „Global Players“ die nationale Regelungskapazität. Keine einzelne Regierung, oft nicht einmal ihre Heimatregierungen sind gewöhnlich in der Lage, „ethisch“ oder „ökologisch“ einheitliche Verhaltensnormen für diese Unternehmen sicherzustellen. Auch die zunehmend internationalisierte Konkurrenz für mittelständische Unternehmen hat zur Folge, daß einzelne Regierungen im Bereich der finanziellen, sozialen und ökologischen Auflagen keine annähernd chancengleichen Marktverhältnisse mehr herstellen können.

Nach wie vor beruhen die wirtschaftlich relevanten Rechtsnormen - von der Anerkennung der Freiheit des einzelnen (Rechtsautonomie) über alle Gemeinschaftsverpflichtungen bis hin zu den juristisch definierten gesellschaftlichen Formen - auf den nationalen Rechtsordnungen der Staaten der Welt. Die Nationalstaaten sind nach wie vor die Säulen der unvollkommenen weltweiten wirtschaftlichen Ordnung. Die staatliche Rechtssetzung ist im Prinzip an die nationalen Grenzen gebunden. Daher ist es richtig und notwendig, machtbewehrte gemeinsame Rechtsräume auf der Basis multilateraler Vertragssysteme von der Ausdehnung der Europäischen Gemeinschaft zu begründen. Das bereits sehr weit gediehene gemeinsame Recht der EG trägt dieser Einsicht Rechnung. Auch der völkerrechtliche Subjektcharakter der EG ändert jedoch nichts daran, daß er „von Gnaden“ der Nationalstaaten verliehen ist.

Damit ist die Rolle und Bedeutung der Nationalstaaten im Guten und im Schlechten keineswegs erschöpft. Es hat beispielsweise noch niemand vorexerziert, wie über den nationalen Rahmen hinaus demokratische Politik gemacht werden kann. Niemand kann umgekehrt genau sagen, in welchem Ausmaß europaweit übliche nationale Systemineffizienzen bereits in die gemeinsame Ordnung der EG und EU „eingebaut“ worden sind. Auch enthebt der gemeinsame Markt keineswegs die deutsche Regierung der drängenden Notwendigkeit, die Standortnachteile der eigenen Wirtschaft durch ordnungskonforme und intelligente Strukturreformen zu beseitigen.

Die „Globalisierung“ ist insofern auch eine Ausrede, eine Art verbaler Export der Krisenproblematik in die große weite Welt. Daß die Bundesrepublik Deutschland heute auf der Verliererseite der „Globalisierung“ steht, sollte nicht den Blick dafür trüben, daß sie in ihren Wirtschaftswunderjahren auf der Gewinnerseite stand und seitdem viele Jahrzehnte ins Land gegangen sind, in denen man die „Soziale Marktwirtschaft“ zwar verändert, aber nicht unbedingt im Sinne der von Eucken gestellten „rechtspolitischer Daueraufgabe“ ordnungspolitisch kreativ verbessert hat.

I.3 Ludwig Erhard und die Insel der Seligen

I.3.1 Bürgerlicher Widerstand

Als Ludwig Erhard unter der Beratung von Alfred Müller-Armack das Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ vertrat, und unter oft mühsamen politischen Kämpfen durchsetzte, stand auch hier das Konzept offener Märkte und eines fairen Wettbewerbs im Mittelpunkt. Den theoretischen Hintergrund bildete jedoch weniger das Denken in Ordnungen, als eine pragmatische Sicht der politischen Dialektik. Alle ordnungspolitischen Entscheidungen sollten der Versöhnung zwischen den großen politischen Anliegen der Freiheit und des sozialen Ausgleichs dienen. Man unterscheidet hier deshalb eine zweite, neoliberale Denkrichtung neben dem Ordo-Liberalismus, den sogenannten „dialektischen“ Neoliberalismus Alfred Müller-Armacks. Wenn dieser Richtung vor allem das politische Aktionsfeld überlassen blieb, so wirkte dagegen die Schule Euckens mit ihrem scharfen Blick auf das Ordnungsproblem umso tiefer auf die Theorie und bewirkte europaweit immer neue Ansätze sozial- und wirtschaftspolitischer Reformvorschläge. (Was heute, meist polemisch, „neoliberal“ genannt wird, nämlich die eher klassisch-liberalen Vertreter und Epigonen der „Chicago-School“, hat politisch wenig mit Ludwig Erhard gemein und steht geradezu diametral zu den Einsichten des Ordoliberalismus.)

Ebenso wie Eucken hätte auch Erhard nie eine Lösung des „sozialen Problems“ durch einen umfangreichen staatlichen Umverteilungsapparat gutgeheißen, wie er sich später entwickelte. Vielmehr waren beide Richtungen davon überzeugt, daß die Produktivität der Wirtschaft und die Beteiligung der Arbeitnehmer am allgemeinen Wohlstand zur Lösung dieses Jahrhundertproblems führen würde. Lediglich eine gemäßigte Steuerprogression auf höhere Einkommen erschien damals als geeignetes Instrument, um Einkommen und Kaufkraft der Arbeitnehmer zu stärken.

Später kam der Gedanke der Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand durch gesetzliche Förderung hinzu. Tatsächlich gelang es Erhard in der Aufbauphase, die soziale Einkommensschere weitgehend zu schließen. Sein größter sozialpolitischer Erfolg war der Beginn eines sogenannten "Massen-Kleinkapitalismus".

Allerdings kostete es Ludwig Erhard allein zehn Jahre, um sein ordnungspolitisch wichtigstes Gesetzesvorhaben gegen Widerstände vor allem der Wirtschaft durchzusetzen, das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Daraus ist bereits zu vermuten, weshalb das bürgerliche Lager in den folgenden Jahrzehnten die Notwendigkeit der

Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft nach konsistenten ordnungspolitischen Prinzipien keineswegs ernst nahm. Reformvorschläge wurden in der Regel als unnötig oder gar als Angriffe auf „unsere soziale Marktwirtschaft“ abgetan.

1965 zeichnete sich die erste schwere konjunkturelle Krise der jungen Bundesrepublik ab. Ludwig Erhard war jetzt Bundeskanzler und sah die Notwendigkeit einer neuen Stufe der Weiterentwicklung seines Erfolgsmodells. Das Kernwort seiner Regierungserklärung lautete "Formierte Gesellschaft". Es sollte vor allem darum gehen, die Gesellschaft und den Staat von der Herrschaft der organisierten Interessenverbände zu befreien. Die Übermacht der Funktionäre gegenüber der Demokratie, dem Staat und den Bürgern sollte zurückgedrängt werden. Erhard befürchtete genau das, was danach in großem Umfang eintrat, nämlich daß die staatlichen Institutionen den entgegengesetzten Funktionärsinteressen so weit nachgeben würden, daß sie sich zukünftig gegenseitig blockieren mußten, anstatt zusammenzuwirken.

Erhards Konzept scheiterte nicht an einigen unglücklichen Formulierungen wie der „Formierten Gesellschaft“, auch nicht an der vehementen Kritik der Kommunisten, die fürchteten, das kapitalistische System könnte doch einen erfolgreichen Schritt zu seiner eigenen Reform tun. Es scheiterte in erster Linie am Unverständnis der eigenen Partei, die zudem bereits zu sehr mit Funktionärsinteressen verflochten war, um unabhängig nach Lösungen zu suchen. Daraus erhellt, daß der Strukturkonservatismus ein ebenso gefährlicher Feind der Sozialen Marktwirtschaft ist wie jede Form des Umverteilungssozialismus. Beide stehen sich nahe in ihrem Motiv, den Staat in die Abhängigkeit von Interessengruppen zu bringen und umgekehrt eigenständige Existenzen in die Abhängigkeit von Klientelsystemen zu zwingen.

I.3.2 Die falschen Reformen

Der Umverteilungssozialismus begann seinen Siegeszug mit der Ära Brandt, als neomarxistische Theoretiker SPD und Gewerkschaften dahingehend inspirierten, die bürgerliche Gesellschaft habe nunmehr einen solchen Reichtum an Produktionsmitteln erzeugt, daß der historische Augenblick der Appropriation ihrer Früchte gekommen sei. Seit dem schnellen Ende der Brandt'schen Sozialreformen zu Beginn der siebziger Jahre sind von deutscher Regierungsseite in Krisenprogrammen ausschließlich konjunktur- und finanzpolitische Instrumentarien angewandt worden. Das harte monetäre Sanierungsprogramm von 1974 bis 1980 wurde den damaligen Regierungen gegen ihren Willen von der Deutschen Bundesbank aufgezwungen. Die unter Brandt gestellten Weichen hin auf eine maßlose Ausweitung der öffentlichen Ausgabenbudgets wirken jedoch bis in das kommende Jahrtausend fort. Wirkliche kreative Neuerungen des Steuersystems, der Sozialversicherungen, der Arbeitsmarktregelung, des Betriebsverfassungsrechts, des Gesellschaftsrechts, kurz des gesamten Wirtschaftsverfassungs-Rechts im Sinne einer Erneuerung der "Sozialen Marktwirtschaft" hat es höchstens der Absicht nach gegeben. Der Plan einer intelligenten Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionskapital über Investivlohnmodelle wurde bereits um 1974 im Streit zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften begraben. Deutschland lebt seit jener Epoche nicht nur finanziell auf Kredit, sondern auch institutionell und geistig, indem es den großen Anfangsleistungen der Gründer der "Sozialen Marktwirtschaft" keine echten Weiterentwicklungen folgen ließ.

Merkwürdig war in diesem Prozeß der zunehmend geringere Einfluß der Wissenschaft. Es gab über all die Jahre hervorragende Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspraktiker, die den Ordo-Gedanken festhielten, kreative Modelle zur systemkonformen Erneuerung der Sozialsysteme, des Wirtschaftsrechts und der Institutionen vorgelegten. Es fehlte also weder am theoretischen Wissen noch am praktischen Können. Was verhinderte das Notwendige und grundsätzlich Mögliche? Es handelt sich offenbar um Bewußtseins-Phänomene, die die Öffentlichkeit mehr bewegen, als längerfristige wirtschaftspolitische Notwendigkeiten.

I.3.3 Krise des Bewußtseins

Das erste Bewußtseinphänomen war das Wohlstandsbewußtsein. Trotz unaufhörlich steigender Staatsverschuldung ging es Deutschland immer noch zu gut, um umzudenken. Der bewundernswürdig leistungsfähigen Wirtschaft gelang es immer wieder, auch mit verschlechterten Rahmenbedingungen fertig zu werden. Nicht nur außenpolitisch - unter dem beruhigenden Nuklearschirm Amerikas -, konnte die Nation sich aus der Geschichte ausblenden, sondern auch innen- und wirtschaftspolitisch machte das Wohlstandsbewußtsein aus dem Land eine „Insel der Seligen“.

Der Wohlstand erzeugte aber auch schlechtes Gewissen und gab neuen Kräften Raum in der politischen Landschaft. Seit 1968 wurde diese von einem neuen ideologischen Glaubenskrieg, der zur "Kulturrevolution" führte, erschüttert. Kurz nach dem Zusammenbruch der mit der Kulturrevolution verbundenen utopischen Hoffnung um 1975 fanden deren aktivste Träger plötzlich zu einer Naturideologie, die mit einem Schlag alle anderen politischen Konzepte in den Hintergrund drängte. Mit der Hilfe der vereinten Medien machte sie das Unmögliche möglich, nämlich eine neue Partei in das Parteienspektrum einzuführen. So chaotisch diese neue, "grüne" Partei war, sie bestimmte ideologisch die Themen der öffentlichen Diskussion. Das ökologische Thema wäre ein hervorragender Anlaß gewesen, die Steuerungskrise des Systems endlich politisch ernst zu nehmen. (Bereits im Modell Walter Euckens war das Ökologie-Problem im Ansatz richtig erfaßt.)

Aber bis auf den unentwegten Querdenker Prof. Kurt Biedenkopf gab es in der politischen Klasse niemanden, der das lebenswichtige Anliegen einer systemkonformen, ganzheitlichen Weiterentwicklung der Institutionen der "Sozialen Marktwirtschaft" öffentlich formulierte. Von dieser Konzeptionslosigkeit gibt auch der deutsch-deutsche Einigungsvertrag Zeugnis. Keines der seither in Szene gesetzten kleinen Reformen und Sparprogramme änderte etwas an dieser geistigen Paralyse. Einzig der jetzt von der sogenannten „Bareis-Kommission“ vorgelegte Plan einer „Großen Steuerreform“ hält den Kriterien für eine echte ordnungspolitische Reform stand. Ob diese Reform zustande kommt, ist aber von dem Willen und den Fähigkeiten der politischen Klasse abhängig.

Die Erfahrung zeigt, daß die politische Klasse in ihrem Alltag mehr von ihren internen bzw. in der medialen Öffentlichkeit erscheinenden Bewußtseinsphänomenen abhängig ist, als von wirtschaftspolitischen Realitäten. Daher stellt sich ganz dringend die Frage, von welcher Lageanalyse und welchem Krisenbewußtsein die deutsche Öffentlichkeit ausgeht und ob hier ein Aufklärungsbedarf gerade für Wirtschaftspolitiker und einflußreiche Interessengruppen in der deutschen Wirtschaft besteht.

2. Die "Krise der Industriegesellschaft"

Wenn die Wirtschaftspolitik so sehr von Gruppeninteressen und kurzfristigen öffentlichen Bewußtseinsphänomenen abhängig ist, muß man weiterhin fragen: Gibt es die "Krise der Industriegesellschaft" oder nur eine Vielfalt der Krisenszenarien, die von verschiedener Seite an die Politiker und die Öffentlichkeit herangetragen werden? Gibt es eine zusammenfassende Schau, die aus einer vernünftigen Diagnose eine vernünftige Therapie mit einer sinnvollen Hierarchie der politischen Ziele und Instrumente hervorgehen lassen würde, oder hängt die Vorgehensweise allein ab vom Kampf individueller "Werte" und Weltanschauungen? Jedenfalls setzt jeder Typ von Krisentheorie eine bestimmte Vorstellung von der Industriegesellschaft selber und ihrer Geschichte voraus.

"Krise" bezeichnet eine Lage, die zur Entscheidung drängt, also einen bestimmten Zeitpunkt innerhalb einer Entwicklung, an dem entweder eine Lösung gefunden werden muß oder das Scheitern unausweichlich wird. Diesen Zeitpunkt präzise festzustellen, ist meist, wenn überhaupt, nur im nachhinein möglich. Noch in der "alten" Bundesrepublik Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre kam es zu einer breiten Diskussion, welcher Art und welchen tieferen Ursprungs die neuen Krisenphänomene der entwickelten industriellen Gesellschaften seien. Man sprach vom Scheitern erst der keynesianischen, dann der monetaristischen Wirtschaftspolitik, von zunehmender Unregierbarkeit der westlichen Demokratien, von der "Kulturrevolution" und dem nachfolgenden "Wertewandel", von der ökologischen und der biologischen Revolution, schließlich vom möglichen Scheitern des "Projektes der Moderne" überhaupt.

Typisch für die deutsche Diskussion war, so G. Rohrmoser (1990, 168), daß man sich auf eine gemeinsame Analyse der Krisensituation nicht einigen konnte. Stattdessen habe es im großen und ganzen drei Typen von Krisenszenarien gegeben: Die Anpassungskrise, die Steuerungskrise, die Zielkrise. Sieben Jahre nach der "Wende" von 1989 stellt sich verschärft die Frage nach dem Gesamtcharakter der Krise, die sich beispielsweise in den gegenwärtigen wirtschaftlichen Fehlentwicklungen wie der hohen Sockelarbeitslosigkeit spiegelt. Welcher der drei Krisentypen liegt vor, vielleicht alle drei gleichzeitig? Jede neue politische Konzeption kann offenbar nur dann Erfolg haben, wenn ihr ein öffentliches Bewußtsein vom Charakter der Krise vorausgeht.

2.1 Die Anpassungskrise

Das Konzept der Anpassungskrise ist in der Regel verbunden mit dem ungebrochenen Glauben an stetiges Wachstum und an die unbegrenzte Verbesserungsfähigkeit der modernen industriellen Lebens- und Produktionsformen. Das Konzept hat drei wesentliche Merkmale:

1. Die Gesellschaft befindet sich in einem naturwüchsigen Veränderungs-, Anpassungs- und Verbesserungsprozeß. All dies wird zusammengefaßt in dem faszinierenden Begriff des "Fortschritts".
2. Auftretende Probleme werden fallweise und isoliert behandelt. Die gesamte Anpassung ergibt sich als Summe einzelner Problemlösungen.
3. Diese notwendige Kreativität wird in erster Linie der privaten Wirtschaft zugetraut. Der Staat, das Politische als eine eigene Sphäre, wird eher als störend empfunden. Er soll die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse nur administrativ absichern.

Anpassungskrisen gehören zur Normalität moderner Industriegesellschaften, ja sogar zu ihrer inneren Logik. Die Industriegesellschaft als moderne Lebensform lebt davon, daß sie ständig alle bisherigen Lebensumstände umstürzt, um aus der Bewältigung der Krise neue Lebensumstände hervorzubringen. Karl Marx hat diese Logik geradezu in einem Loblied auf die bürgerliche Gesellschaft im "Manifest der kommunistischen Partei" formuliert:

"Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. ... Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeois-Epoche vor allen früheren aus." (1995, 22)

Gemäß dem Konzept der Anpassungskrise reagieren die westlichen Industrienationen auf diese industriegesellschaftliche Dynamik im wesentlichen mit einer betriebswirtschaftlichen und politischen Doppelstrategie. Betriebswirtschaftlich geht um die Suche nach neuen Märkten, Entwicklung von neuen Produkten, Rationalisierung der Produktionsmethoden. Politisch geht es darum, den betriebswirtschaftlichen Anpassungsprozeß durch Konjunktur- und Strukturpolitik zu erleichtern und ein Umverteilungssystem zu schaffen, um das jährliche Wachstum so auf die Bevölkerung umzuverteilen, daß die Zustimmung zum politischen System erhalten bleibt. Das ist insbesondere die Vorgehensweise der bürgerlichen und sozialliberalen Regierungen in Deutschland spätestens seit Ende der sechziger Jahre. Ganz im Sinne der marx'schen Analyse geht man jedoch davon aus, daß die entscheidenden Innovationsleistungen von den Unternehmern, also der "Bourgeoisie", erbracht werden und die Politiker diesen Prozeß nur eskortieren.

"Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen." (Karl Marx /1995, 23)

Wir erleben heute diese weltweite Jagd nach neuen Märkten, neuen Produkten, neuen Produktionsmethoden unter dem neuen Stichwort der "Globalisierung", unter dem die deutsche Wirtschaft und Politik sich nunmehr bedingungslos einer Entwicklung beugen, die offenbar schon vor 150 Jahren deutlich erkennbar war. Zweifellos muß Europa und muß Deutschland im weltweiten Konkurrenzkampf wirtschaftlich bestehen, um das Überleben in der Zukunft zu sichern. Insofern muß man zweifellos von einer durch weltweite Veränderungen bedingten Anpassungskrise sprechen.

Trotz der übergroßen Anstrengungen, sich anzupassen, wird jedoch die Diskussion um den "Standort Deutschland" immer verzweifelter. Investitionen sowohl von ausländischen als auch von deutschen Firmen im Inland sind in alarmierendem Ausmaß zurückgegangen. Die Entwicklung beschleunigt sich und die Anpassung gelingt offenbar nicht ausreichend. Was im Argen liegt, sind die Institutionen und das wirtschaftspolitische Regelwerk in Deutschland selbst.

Das bedeutet nichts anderes, als daß wir es bei der Krise des wirtschaftlichen und sozialen Systems in Deutschland nicht nur mit einer Anpassungs- sondern auch mit einer Steuerungskrise zu tun haben.

2.2 Die Steuerungskrise

Steuerungskrise bedeutet, daß an sich alle Ressourcen und menschlichen Fähigkeiten vorhanden sind, um die Krise zu bewältigen, daß aber die Institutionen und Regeln, nach denen die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kräfte zusammenwirken sollen, nicht effizient genug gestaltet sind. Vertreter dieser Anschauung gehen in der Regel von folgenden Voraussetzungen aus:

1. Die Bedeutung von sozialer Stabilität wird ernst genommen, der Fortschritt wird meist in seinem zweideutigen Charakter, nämlich in seiner ungeheuren Produktivität, gleichzeitig auch in seiner zerstörerischen, katastrophischen Dimension wahrgenommen.
2. Es werden ganzheitliche, auf Gestaltung und Reform der öffentlichen Institutionen und Gesetze abzielende Konfliktlösungen angestrebt.
3. Der Staat als organisierende und rechtssetzende Macht tritt in den Vordergrund. Allerdings wird die Einrichtung von effizienten Institutionen und Regeln leicht als ein rein organisatorisches Problem mißverstanden. Die politisch-kulturellen Voraussetzungen werden dann übersehen oder unterschätzt.

Alle gemäßigt sozialdemokratischen Ansätze, ebenso wie einige liberalkonservative Vorstellungen, darunter der spezifisch deutsche Neoliberalismus der Nachkriegszeit, gehören zu diesem Typus. Sie unterscheiden sich voneinander lediglich in der Formulierung ihrer Lösungswege, mit denen das gemeinsam erkannte Problem behoben werden soll.

Worin lag die epochemachende Bedeutung von Walter Euckens und Alfred-Müller-Armacks „neoliberalen“ Modellen? Sie boten erstmals die Chance, aus der sinnlosen ideologischen Entgegensetzung von "Staat" und

"Markt", von Sozialismus und Liberalismus, auszurechnen und endlich eine Ordnung zu verwirklichen, in der soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Gemeinschaftsinteresse nicht gegen den Markt, sondern geradezu durch einen staatlich gehegten, möglichst „vollkommenen“ Marktwettbewerb erreicht werden sollten. Der Staat sollte sich keineswegs, wie im liberalen Extremmodell, völlig wirtschaftspolitischer Tätigkeit enthalten, sondern sollte seine Eingriffe auf die Gestaltung der wirtschaftsrechtlichen „Rahmenordnung“ beschränken. Die Preisbildung auf den Märkten sollte frei und unbeeinflusst stattfinden und die tatsächliche Güterknappheit wiedergeben. Die „Formen“, so Eucken, sollten staatlich gelenkt sein, die wirtschaftlichen „Abläufe“ dagegen frei erfolgen.

Der entscheidende Punkt, in dem der Systemcharakter der „Sozialen Marktwirtschaft“ „kippte“, sich also in einen anderen verwandelte, zeichnete sich bereits während Ludwig Erhards Kanzlerschaft ab. Vergebens warnte er davor, daß der Staat keine Kuh sei, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken werde. Aus dem Ordnungsmodell, das die Einkommen und Vermögen nach selbstregelnden Mechanismen von Markt und allgemeinen gültigen Gesetzen auf möglichst breite Bevölkerungsschichten verteilen sollte, wurde eine Art zweigeteiltes System. Die Wirtschaft produziert und der Staat verteilt um. Da der Staat aus Gründen der sogenannten „sozialen Gerechtigkeit“ dabei immer weitere Bevölkerungskreise einbeziehen mußte und wollte, mußte die Wirtschaft in beschleunigtem Maße die Produktivität erhöhen, um die geforderte Umverteilungsmasse erbringen zu können. Dies war nur zu Lasten des Kostenfaktors Arbeit möglich. Im Verein mit dem starren - weil durch die Tarifpartner administrierten - Arbeitsmarkt führte dies seit den siebziger Jahren zu einer beständig steigenden Sockelarbeitslosigkeit.

Die Zweiteilung des Systems in einen zunehmend rabiaten Kapitalismus vor allem der großen Unternehmen und in einen öffentlich verwalteten Umverteilungssozialismus bedeutet, daß die Systemrationalität der „Sozialen Marktwirtschaft“ inzwischen längst durch eine andere ersetzt wurde. Walter Eucken hätte vermutlich bereits seit 1967 von einem Rückfall aus der „Sozialen Marktwirtschaft“ (er nannte es noch eine sozial verpflichtete „Wettbewerbsordnung“) in eine erneute Epoche „wirtschaftspolitischer Experimente“ gesprochen. Heute ist die Zweiteilung des Systems geradezu symbolisch daran ablesbar, daß die Ausgabenquote der öffentlichen Haushalte, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, über 50 % gestiegen ist.

Steuerungskrise bedeutet auch heute, daß das gesamte wirtschaftspolitische System in einen Zustand geraten ist, in dem die Gesetze, Institutionen, Verbände und Wirtschaft sich gegenseitig lähmen. Insbesondere die fast völlige Abhängigkeit des Staates von sozialen Interessen und Ansprüchen hat praktisch in die völlige Reformunfähigkeit geführt.

Dies erklärt aber immer noch nicht, weshalb nicht nur die Bewegungsfähigkeit, sondern auch die Phantasie im gesamten Parteienspektrum so extrem beschränkt blieb. Parteienvertreter verweisen entschuldigend auf den Druck der öffentlichen Meinung, auf das Besitzstandsdenken und den Egoismus, vor allem auf den Wertpluralismus, der Entscheidungen schwierig mache. Offenbar weiß diese Gesellschaft nicht, was sie will, und ist auch nicht imstande sich über das zu verständigen, was für ihr Überleben in Zukunft nützlich ist. Wir haben es also mit einem tiefgreifenden Orientierungsproblem zu tun. Progressive Beobachter drückten es auf ihre Art aus, als sie feststellten, daß der Vorrat an befeuernden Utopien verbraucht sei. Deutschland durchlebt nicht nur eine Anpassungs- und eine Steuerungskrise, sondern unübersehbar auch eine fundamentale Zielkrise.

2.3 Die Zielkrise

Diejenigen, die von einer Zielkrise der Industriegesellschaft sprechen, sind sich in der Regel über folgende Ergebnisse ihrer Analyse einig:

1. Die Freiheit des Individuums ist durch die Entwicklung der Technik bedroht, die sowohl in der Forschung als auch in der Anwendung als auch in den Folgen unkontrollierbar geworden ist. Das trifft einzelne Sparten naturwissenschaftlicher Anwendungen, wie Gentechnik und Kommunikationstechniken, aber auch das Ganze des technisch-wirtschaftlichen Systems, das dahin neigt, den einzelnen zum ausführenden Organ und auch Opfer von groß angelegten technisch-wirtschaftlichen Prozessen zu machen.
2. Die Industriegesellschaft rationalisiert und reformiert immer nur Teilbereiche, während das Ganze immer irrationaler wird. Sie hat keine Vernunft, weil sie alle Probleme durch technisch-organisatorische Optimierung zu lösen versucht. Die Technik erzeugt jene immer neuen Machtmittel, die Menschen, Staaten und Konzerne in ihrem Konkurrenz- und Überlebenskampf tatsächlich brauchen. Der Erfolg der Technik verführt die Menschen zum Materialismus, der Kultur, Moral und Religion nur als Hindernis auf der Jagd nach immer neuen Machtmitteln sieht. Das Ganze des menschlichen Daseins zerbricht.
3. Die Industriegesellschaft ist geschichtslos. Sie zwingt den Menschen einen ständigen Wandel ihrer Berufe, Lebensformen und Einstellungen auf. Veränderung, in der es nichts Gleichbleibendes mehr gibt, wird zum Fetisch des Überlebens. Das kulturelle Band zur Vergangenheit wird zerrissen. Jeder

muß alle Lebenserfahrungen selber neu machen. Lebensklugheit, ethische und sittliche Einstellungen, Achtung vor der eigenen und fremden Kulturen können nicht mehr aus der Vergangenheit erlernt werden. Die gemeinsame Sprache, Symbolik und Kultur verschwindet unter dem Zwang für jeden einzelnen, sich als Einzelkämpfer auf permanent durch Medien neu verwandelten Märkten wirtschaftlich anpassen zu müssen. Mit der gemeinsamen Sprache und Lebenskultur verschwindet auch der allgemeine Maßstab für das, was eine Familie, ein Wirtschaftsbetrieb, ein Land, eine Demokratie als gemeinsame Zukunftsplanung ansehen kann. Der Mensch ohne Kultur ist nicht mehr geistig austauschfähig, er ist nicht mehr gemeinschaftsfähig, nicht mehr politikfähig, nicht mehr zukunftsfähig.

Diese Elemente einer Zielkrise der Industriegesellschaft wurden sowohl von klassischen Konservativen, als auch von der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule, als auch von den Vertretern des "New Age" in jeweils eigener Sicht formuliert. Alle drei politischen Richtungen haben jedoch praktisch und theoretisch zur Beschleunigung dieses Prozesses beigetragen. Alle drei sind uns bis heute wirklich durchdachte Lösungswege schuldig geblieben. Bestimmte Konservative meinten unsinnigerweise, die Dynamik als solche bekämpfen oder umkehren zu können. Liberalprogressive Ökologen und kapitalistische Marketingexperten versuchen dagegen, den permanenten Wandel aller Lebensumstände als glücksverheißenden Fortschritt zu verabsolutieren. Man sucht dann krampfhaft nach den verlorenen Utopien als Ersatz für die aufgegebene Herkunftswelt, man propagiert selbstzerstörerische Lebensexperimente als beglückende neue Lebensformen. Indem die sich progressiv verstehende Welt alte Erfahrungen verachtet und anthropologische und kulturelle Konstanten mißachtet, dreht sie sich im Kreis eines selbstverschuldeten und teilweise gewollten Nihilismus.

Die tiefste Problematik der Zielkrise liegt darin, daß wir lernen müssen mit globalen Entwicklungen umzugehen, die sich menschlicher Steuerung weitgehend entziehen. Die hektische und abstrakte Diskussion um Lösungen der Weltprobleme übersieht, daß den Menschen schlicht die Verfügungsmacht abgeht, die großen Zukunftsfragen insgesamt zu planerisch zu bewältigen. Damit sind wir, auch in der Sicht progressiver Betrachter, am Ende einer Epoche aufklärerischer Selbstermächtigung des Menschen angelangt (Vgl. hierzu u.a. J. Habermas „Die neue Unübersichtlichkeit“). Die Utopie von der grenzenlosen Verfügbarkeit der Natur und von der vollkommenen Beherrschung der gesellschaftlichen und anthropologischen Natur des Menschen kann kaum noch mit ernsthaftem intellektuellem Anspruch vertreten werden.

An die Stelle des utopischen „Prinzips Zukunft“ ist daher in der intellektuellen Diskussion das „Prinzip Verantwortung“ (H. Jonas) getreten. Die anhaltende Ethikdiskussion, die zugleich mit der Ökologiediskussion einsetzte, hat sicher Aspekte einer Modeerscheinung, ist aber durch eine tiefe Notwendigkeit begründet. Ein Lebensentwurf, der sowohl individuell als auch politisch dem Wohlstandsegoismus absagt und eine Kultur der Verantwortung begründet, ist nicht ohne Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Ganzen zu haben.

3. Ansätze und Aussichten der Reform

Neue weltweite Krisenphänomene, die seit Euckens frühem Tod im Jahr 1950 aus der Industriegesellschaft selbst hervorgegangen sind, haben das klassische Krisenszenario der sozialen Revolution - das Eucken noch vor Augen hatte - an Gefährlichkeit weit überholt. Wenn seine Hoffnung auf eine effiziente Wirtschaftsordnung schon unmittelbar nach der Weltkriegskatastrophe gewagt erschien, so könnte sie angesichts der weltweiten Verflechtung der Ordnungen und ihrer Probleme - darunter die völlig verschiedenen Probleme im Westen, in den "Reformländern" Mittel- und Osteuropas, in der sogenannten "Dritten" und "Vierten" Welt - als völlig illusorisch abgetan werden. Die wirtschaftlich härteste Herausforderung liegt in der demographischen Entwicklung, die die heute industrialisierten Länder zukünftig fast sicher an den Rand der Wirtschaftsentwicklung drängen wird. Daneben stehen die Erschöpfung und, viel schlimmer, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Selbstbedrohung des Menschen durch genetische Manipulation und, die vielleicht tiefste Dimension, die kulturelle Selbstzerstörung des Menschen, seiner Ethnien, seiner Sprachen, seiner Individualität, seiner sozial-kulturellen Institutionen. Für die sogenannten "entwickelten" Länder zeigt sich unter anderem die neue Gefahr, daß jeder rationale wissenschaftliche oder politische Diskurs aufgesogen wird von der virtuellen Scheinwelt der Medien, in welcher Politik nur ein Spiel und das Verbrechen eine gängige Form der Unterhaltung ist. In einer solchen Situation der durch Medien inszenierten Massenunterhaltung sinken auch die Chancen für eine rationale Gestaltung der Wirtschaftspolitik.

Ein vernünftiger Diskurs über Ziele muß aber stattfinden, ehe über konkrete Strukturreformen sachlich gesprochen werden kann. Wenn dann sachgemäße Strukturreformen umgesetzt sind, kann man im Sinne der Gründerväter der „Sozialen Marktwirtschaft“ davon ausgehen, daß auch die konjunkturelle Anpassung der Märkte keine zusätzlichen wirtschaftspolitischen Eingriffe mehr erfordert. Lösungen von Strukturproblemen setzen also die Beantwortung von Zielfragen voraus. Erfolgreiche Anpassung setzt die Lösung von Strukturproblemen voraus.

3.1 Keine Stärkung der Konjunktur ohne strukturelle Verbesserung der Rahmenbedingungen

Das sogenannte Stabilitätsgesetz von 1967 hat „stetiges Wachstum“ des jährlichen Sozialprodukts als eines der für die Wirtschaftspolitik verbindlichen Ziele vorgeschrieben. Nach eingeübtem politischem Ritual wird, wenn wirtschaftlich-soziale Probleme auftauchen, nach mehr Wachstum gerufen, um den benötigten Umverteilungsspielraum zu schaffen. Je weniger sich jedoch neue Wachstumsschübe beschäftigungspolitisch auswirken, desto mehr schwindet das Vertrauen der Bevölkerung auf den Sinn des Wachstumsziels. Je weniger in- und ausländisches Investitionskapital für den Produktionsstandort Deutschland zur Verfügung steht, desto weniger werden auch die jährlichen Wachstumsziele in Zukunft zu erreichen sein.

Die Flucht vor dem deutschen Fiskus nimmt jedoch jährlich stärkere Ausmaße an und das Bundesfinanzministerium weiß, daß jeder weitere Versuch, mehr Steuerehrlichkeit zu erzwingen, die Kapitalflucht beschleunigt. Noch hat die deutsche Wirtschaftskraft für jährlich - in absoluten Zahlen - steigende Steuereinnahmen gesorgt. Der Wendepunkt könnte erreicht werden, wenn die Neigung, in Deutschland zu investieren, wegen der hohen Steuern und Personalnebenkosten noch weiter zurückgeht. Die aufgrund langjähriger bürokratischer Festlegungen sowie durch den Schuldendienst unaufhörlich steigenden Ausgaben der Öffentlichen Hand könnten dann entgeltig nicht mehr durch annähernd vergleichbare Einnahmen gedeckt werden.

Dies ist nicht nur deshalb gefährlich, weil das Maastrichter Defizitkriterium zur Einführung des Euro damit verfehlt werden würde. Vielmehr ist zu befürchten, daß es in den nächsten Jahren aus relativ geringen Anlässen zu Einbrüchen der ohnehin schwachen Konjunktur kommen wird. Die inländische Nachfrage hängt trotz niedrigster Zinsen, vor allem wegen des hohen Standes der Arbeitslosigkeit, hinter der Exportnachfrage zurück. Der Bogen der Belastbarkeit der mittelständischen Wirtschaft durch ineffiziente Strukturen ist bereits so weit überspannt, daß weitere Wellen von Insolvenzen zu befürchten sind. Die angespannte Lage der Öffentlichen Haushalte läßt andererseits kaum eine spürbare Kostenentlastung der Wirtschaft durch Steuer- und Abgabenreduktion zu.

Die Lage ist ernster, als sie es je war, weil die Handlungsspielräume geschrumpft sind. Entlastungen der breiten Basis der steuerzahlenden mittelständischen Wirtschaft wären nur noch durch groß angelegte Ausgabenkürzungen bei der Öffentlichen Hand finanzierbar, was wiederum ohne tiefgreifende und mutige Reformen nicht zu erreichen ist. Die Orientierung an vorwiegend konjunkturpolitischen Zielen wie dem Wachstum ist überholt und falsch. Eine Stärkung der Konjunktur und der konjunkturellen Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft an neue Herausforderungen ist in absehbarer Zukunft nur noch zu erreichen, wenn die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland grundlegend verbessert werden.

3.2 Erneuerung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen

Es wäre nicht sinnvoll, an dieser Stelle alle interessanten Vorschläge ordnungspolitischer Reformen aufzuzählen, die seit Ludwig Erhard gemacht und nicht umgesetzt wurden. Statt dessen ist zu zeigen, daß am Leitfaden der Prinzipien gesetzgeberischer Einfachheit, Bürgernähe, Eigenverantwortung des einzelnen sowie Subsidiarität und Wirtschaftlichkeit - teilweise ergänzt und bestätigt durch die seinerzeit von Walter Eucken genannten Prinzipien der „Wettbewerbsordnung“ - durchaus kreative und fast revolutionäre Modelle denkbar sind.

Gesetzgeberische Einfachheit und Bürgernähe erfordern zum Beispiel ein Steuersystem, das für alle Betroffenen durchsichtig ist, das gegenüber dem gegenwärtigen zwar die Besteuerungsbasis durch Abschaffung der unzähligen Schlupflöcher und Ausnahmen verbreitert, aber zugleich die Besteuerungshöhe vermindert. Verminderung der Besteuerungshöhe bedeutet vor allem Abschaffung des skandalösen Ausmaßes, in dem bereits mittlere Einkommen von der Progression erfaßt werden.

Die Wirtschaftlichkeit würde erfordern, daß das schon lange und aus vielen Gründen unausgewogene Alterssicherungssystem auf Versicherungsbasis umgestellt würde, wie dies andere Staaten bereits vorgemacht haben. Das Versicherungsprinzip ist als ideal selbststeuerndes Solidarprinzip unersetzbar.

Einfachheit der Gesetzgebung würde weiterhin bedeuten, verschiedene Sozialsysteme zusammenzulegen. Ein sehr vernünftiger Vorschlag ist beispielsweise das sogenannte „Bürgergeld“, das an die Stelle von Sozialhilfe, Kindergeld und eine Reihe weiterer staatlicher Leistungen treten und zugleich mit dem zu versteuernden Einkommen verrechnet werden könnte, um getrennte Verwaltungen und Zahlungswege einzusparen. Hier könnte man alle

„echten“ sozialen Leistungen zusammenfassen, die von vornherein nur auf dem Transferweg zu bewältigen sind. Umgekehrt könnten die marktwirtschaftlich arbeitenden „Sozial“-versicherungen von versicherungsfremden Leistungen befreit werden.

Vorausschauende Wirtschaftspolitik heute muß weiterhin verhindern, daß die mittelständische Wirtschaft in Deutschland durch Spekulationsinteressen nach - in diesem Falle schlechtem - amerikanischem Vorbild zerstört wird. Das fluktuierende und verantwortungslose Kapital - gleich ob es als Fremdkapital oder, meist noch schlimmer, als mit Eigentumsrechten ausgestattetes Beteiligungskapital auftritt - kann und darf nicht die Regie über das Existenzrecht von Branchen und Regionen erhalten. Dazu müßte beispielsweise der Eigenkapitalanteil der Eigentümer-Unternehmer sowie der Belegschaften erheblich gestärkt werden.

Der weitgehendste Vorschlag hierfür wäre der eines nationalen Investivlohn-Modells, wobei jeder Beschäftigte beispielsweise jährlich fünf bis zehn Prozent seines Einkommens in einen Investitionsfonds zahlen würde, der nach dem Versicherungsprinzip zu verwalten wäre. Wiederum aus Gründen der Einfachheit könnte dieser Fonds mit der Rentenversicherung sowie evtl. der Kranken- und Arbeitslosigkeitsversicherung zusammengelegt werden. Der Hauptteil der eingezahlten Versicherungssummen würde dann dem beschäftigenden Unternehmen - bei Selbständigen diesem selbst - unter gewissen Risikoabschlägen zur Verfügung stehen. Die Wahl der Versicherung könnte durchaus im Sinne des Konkurrenzgedankens freigegeben werden. Vor allem wäre für jeden Arbeitnehmer bis zu einem gewissen Dienstalter ein ausreichendes Kapital angesammelt, so daß dieser nicht mehr nur um seiner Arbeitskraft willen, sondern auch um des eingebrachten Kapitals willen beschäftigt werden würde. Dies würde der gegenwärtigen, oft sehr unweisen Tendenz vieler Unternehmen, ihre erfahrenen und zu teuer gewordenen Mitarbeiter an die Luft zu setzen, die Spitze nehmen. Das gleiche Kapital könnte schließlich im Ruhestand zur Erwirtschaftung der individuellen Rente zur Verfügung stehen.

Sicher müßten viele Einzelfragen zur Verwirklichung entschieden werden, wie Fragen des Eintrittsalters, des Konkurrenzeffektes einzubringender Kapitalien auf die Mitarbeiterauswahl - man könnte das Kapital beispielsweise auf einen mit zunehmendem Alter steigenden Prozentsatz des Einkommens beschränken -, wie der Rückversicherung des Kapitals im Insolvenzfall und so weiter.

Reformbedarf für viele Legislaturperioden in Land und Bund steht auf vielen Gebieten an. Dem bereitstehenden Chor der „Es-geht-nicht“-Rufer wäre entgegenzusetzen, daß sie und ihresgleichen, meist im Dienste kleinlicher Klientelinteressen, von Anfang an die Pervertierung der „Sozialen Marktwirtschaft“ betrieben und weitsichtige Wirtschaftspolitik verhindert haben.

Daher sollte man ironischerweise im Sinne des Haftungsprinzips fordern, daß alle Bezüge von Politikern und Ministerialen um denjenigen Prozentanteil nachträglich gekürzt werden sollten, den die von ihnen mitvertretene Regierung zur Staatsverschuldung beigetragen hat. Eine entsprechende prozentuale Belohnung bei Einsparungen wäre dann selbstverständlich. Das Gerechtigkeitsgefühl der Bevölkerung verlangt danach und die selbstregelnde Wirkung der Maßnahme wäre beträchtlich.

Durchaus ernstzunehmen sind Überlegungen, ob nicht auch das Haftungsrecht für Manager bezüglich der von ihnen gegebenenfalls geschädigten Gesellschaften, Aktionäre und Belegschaften neu konzipiert werden muß - ein ebenfalls die Menschen bewegendes Thema.

Wenn nur noch ironische Drohungen der Diskussion zum Leben verhelfen, ist es Zeit, ernsthafte Überlegungen über die Bedingungen eines rationalen Diskurses und über den Orientierungsbedarf der Sozial- und Wirtschaftspolitik anzustellen.

3.3 Orientierung in der globalen Herausforderung

Die Orientierung in der globalen Herausforderung erfordert die Reflexion über drei Zusammenhänge:

1. Die Flexibilisierung und Effizientierung der Politik selbst.
2. Das Verhältnis von weltweiter Dynamik und Statik in der modernen Wirtschaftsgesellschaft, anders ausgedrückt das gewandelte Verhältnis von Gesellschaft und Staat heute.
3. Die konstitutive Bedeutung von Kultur für jede wirtschaftliche Tätigkeit von Staat und Individuen.

3.3.1 Flexibilisierung und Effizientierung der Politik

Nach der klassischen antiken Verfassungslehre braucht ein Gemeinwesen eine handlungsfähige Spitze, eine Verwaltung und Verteidigung durch je sachkompetente Fachleute sowie eine breite demokratische Übereinstimmung des Volkes, das beide zuvor genannten Gruppen einschließt - den heute so genannten „Grundkonsens“. Letzterer sollte die drei Elemente miteinander vereinbar machen.

Für die Bündelung des Grundkonsenses zu einem gemeinsamen politischen Willen sowie zu eigener Beteiligung an dieser Willensbildung sind in den westlichen Demokratien die Parteien berufen. Sie sollen Konsens und Dissens der Gesellschaft so formulieren, daß dem Wähler echte, wählbare Alternativen angeboten werden.

Daß dies in Deutschland längst nicht mehr der Fall ist, daß echte Ziele über den Tag hinaus sowie unterschiedliche wirtschafts- und sozialpolitische Positionen kaum noch auszumachen sind und daß das agierende Personal von einer Mehrheit der Bevölkerung für insgesamt latent kriminell gehalten wird, ist schon vielfach diskutiert worden. Wir beschränken uns deshalb darauf, nur zwei Ansätze zur Änderung herauszugreifen.

Ein erstaunlicher Tatbestand ist, wie fast alle etablierten Kräfte sich auf engstem Raum in der Mitte bis linken Mitte aufzuhalten vorgeben. Das tatsächlich im Lande vorhandene breite demokratische Spektrum von links bis rechts ist offenbar nicht repräsentiert. Das Links-Rechts-Schema dient zu häufig nur der moralischen Denunziation mißliebiger Parteienkonkurrenz. Wo sollte sich aber in diesem seltsamen Theater eine vernünftige klassisch-liberale Konzeption positionieren? Ein vernünftiger Liberalismus ist immer eine vermittelnde Position, die begründete Anliegen anerkennt und umsetzt, gleich ob sie für „links“ oder „rechts“ gehalten werden.

Die erste Voraussetzung, das politische System aus der Erstarrung zu befreien, wäre also die Wiederherstellung der Repräsentativität des Parteienspektrums. Alle wesentlichen Gruppen der Gesellschaft müßten die Chance haben, ihre jeweiligen Zielvorstellungen vertreten und in einem fairen argumentativen Wettkampf sich austauschen zu sehen.

Es gibt jedoch eine zweite wichtige Voraussetzung. Der Liberalismus scheitert derzeit auch deshalb, weil er sich zu wenig den Sinn dafür bewahrt hat, daß verschiedene Überzeugungen nur dann miteinander sachlich vermittelbar bleiben, wenn die Träger dieser Überzeugungen bereits eine kulturelle Gemeinsamkeit, eine kulturelle Disposition und Bereitschaft zum „Grundkonsens“, mitbringen. Diese Voraussetzung war, wenn auch immer prekär, in den klassischen Nationalstaaten gegeben. Die Handlungsfähigkeit des Staates setzte immer eine gewisse kulturelle Homogenität und Identität des Staatsvolkes voraus. Die nationalen Machtstaaten der Neuzeit haben sich als hartnäckiger, handlungsfähiger und langlebiger erwiesen als die großen, von universalen Gedanken beseelten, aber multiethnischen Reiche. Der Liberalismus sollte also nicht in Nationalduselei verfallen, er sollte aber die Unverzichtbarkeit kulturell-nationaler Gemeinsamkeit für die Handlungsfähigkeit der Politik akzeptieren.

3.3.2 Dynamik und Statik in der modernen Wirtschaftsgesellschaft

Damit sind wir beim Problem von Statik und Dynamik in der modernen Wirtschaftsgesellschaft, das für das Verständnis des neoliberalen Ordo-Gedankens so entscheidend ist. Denn die modernen Gesellschaften seit Beginn der Neuzeit zeichnen sich durch pulsierende Dynamik aus, ebenso aber auch durch einen Prozeß ständiger kultureller Zersplitterung und Individualisierung. Wie Karl Marx richtig erkannte, hatte die Reformation durch die Freisetzung und Anerkennung des einzelnen Gewissens die Zündschnur für die modernen gesellschaftlichen Revolutionen gelegt.

Der seinerzeit ausbrechende Religionskampf konnte nur durch eine geschichtlich neue Herrschaftsform unter Kontrolle gebracht werden, den machtpolitisch „neutralen“ Staat, der die Macht monopolisierte, und der nunmehr dynamisierten Gesellschaft eine nicht mehr theologisch, sondern eher funktional und wissenschaftlich begründete Ordnung gab. Dem Staat fiel jetzt die Aufgabe zu, alle längerfristig „statischen“, das heißt konstanten Befürfnisse der Bevölkerung abzudecken. Dazu gehörten Rechtssicherheit, wirtschaftliche Infrastruktur, Verteidigung, Wissenschaft und Kunst, aber auch der Schutz kultureller Institutionen wie der Familie oder der jeweils mehrheitlich geteilten Konfession. Dabei ist auffällig, wie sehr der Staat, mit zunehmender Emanzipierung der Gesellschaft, von sozialen, nationalen, und ideologischen Bewegungen abhängig wurde. Einerseits bedrohten sie

seinen Grundsatz der Überparteilichkeit, andererseits war er auf ihre motivierende und einigende Kraft angewiesen, um seine eigene Handlungsfähigkeit immer wieder herzustellen.

Der über den gesellschaftlichen Parteien stehende Staat ist bis heute der Garant dafür, daß kollektive und konstante Bedürfnisse erfüllt werden und daß eine für alle gleichermaßen geltende Rechtsordnung möglich ist. Er soll und muß von dem Gezänk der sich bekämpfenden wirtschaftlichen Interessen frei bleiben. Diese Grundeinsicht gilt auch dann, wenn staatliche Funktionen teilweise an übernationale Institutionen, wie die EG/EU abgegeben werden. Das fortbestehende Problem von Dynamik und Statik in der neuzeitlichen Gesellschaft ist der Grund dafür, daß man dem neuzeitlichen Staat, wenn auch in verwandelter Form, auf Dauer sein Überleben prognostizieren kann.

Die größte Versuchung für eine marktwirtschaftliche Politik liegt darin, die Notwendigkeit der statischen Elemente wie Ordnung, kulturelle Identität, soziale Sicherheit zu übersehen. Die Vorstellung, die imponierende weltweite Dynamik der Märkte könne ohne diese Elemente auf längere Zeit bestehen, ist falsch. Der Markt ist produktiv wie ein verzehrendes Feuer, das Hitze abgibt. Nur kultiviertes Feuer in geregelten Verbrennungsprozessen ist dem Menschen nützlich. Wenn der Markt nicht klug in Ordnungen gefaßt wird, kann er in kürzester Zeit Ressourcen sinnlos zerstören, wie ein Steppenbrand, der kurz auflodert, aber dann erlischt und verbrannte Erde hinterläßt. Beispiele sinnloser Zerstörungen von Produktionsstrukturen, von Landschaften, von Rohstoffen, ja von Menschen und Kulturen, durch das Spiel kurzfristiger Interessen gibt es übergenug.

Deshalb ist der Ordo-Gedanke mit der Einsicht in die Gestaltungsnotwendigkeit für selbststeuernde Normen und Regelungen auf allen Ebenen und Sparten komplexer Gesellschaften auch im globalen Kontext unverzichtbar. Das am meisten regelungsbedürftige und zugleich selbststeuernde Wesen ist jedoch der Mensch selbst. Seine je besondere Art der Selbststeuerung ist gekennzeichnet durch das, was wir seine Kultur nennen.

3.3.3 Die konstitutive Bedeutung von Kultur

In der Betriebswirtschaftslehre der vergangenen Jahre hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß Unternehmensführung eine eminent kulturabhängige Veranstaltung ist und daß Unternehmen ohne eine reflektierte und gelebte eigene Unternehmenskultur weder nach innen noch nach außen auf Dauer erfolgreich sind. Hinzu kommt im weltweiten Markt die Abhängigkeit von den jeweiligen Landeskulturen. Die Angleichung von Verbrauchergewohnheiten in entwickelten Ländern überall auf der Welt, festgestellt von Marketing-Experten, ist kein Gegenargument, sondern eher ein Hinweis darauf, daß vergleichbare Lebensgewohnheiten zu vergleichbaren ethischem Regelungsbedarf führen. Unternehmenskultur wird hierzulande häufig als reiner Marketing-Gag mißverstanden. Für die deutsche Mentalität ist es deshalb schwer nachzuvollziehen, wie sehr „ethics“ in amerikanischen Unternehmen keineswegs nur als Alibi, sondern als unbedingte Voraussetzung für Erfolg angesehen werden.

Was grundsätzlich für einen erfolgreichen Umgang mit Lieferanten, Kunden und Mitarbeitern gilt, gilt noch viel mehr für die Politik, weil diese in noch weitere Lebenssphären eingreift als die Betriebswirtschaft. Den Gründervätern der „Sozialen Marktwirtschaft“ war diese Tatsache aufgrund ihres Bildungsstandes und aus ihrem Kriegserleben heraus noch völlig gegenwärtig. Kultur ist die wichtigste Ressource für die Reproduktion der Gesellschaften.

Jeder Mensch ist so bedingungslos auf die ihn formende, mit Fähigkeiten ausstattende und schließlich von ihm mitgeformte Kultur angewiesen, daß es für demokratische Politiker, die Erfolg haben wollen, eigentlich kein wichtigeres Thema geben dürfte als die Frage, was eigentlich Kultur ist.

Die Frage ist umso dringender, als die Parteien heute deshalb so konzeptions- und orientierungslos wirken, weil sie traditionell von Utopien oder Ideologien geprägt waren und nunmehr den ideologischen Boden unter den Füßen verloren haben. Die im Grunde von allen geteilte Fortschrittsutopie entfaltet heute keine Kraft mehr, um Klassen zur revolutionären Machtentfaltung oder Nationen zur Verteidigung ihrer Zukunftsinteressen auf wirtschaftlichem, technischem, sozialem oder politischem Feld zu führen. Gerade die progressiven Utopien, die als Kopfgeburten typisch neuzeitliche Ersatzformen für wirkliche Kulturen darstellen, sind gescheitert.

Daher ist es für die Bildungsarbeit der Parteien sowie für die Vorbereitung ihres Personals entscheidend, ob sie in der Lage sind, die Kenntnis einiger Grundtatbestände der eigenen Herkunftskultur zu fixieren. Ebenso wie für Unternehmensführer ist es heute auch für politisch Verantwortliche entscheidend, ob sie die Unterschiede zwischen der eigenen und fremden Kulturen sowie zwischen der eigenen Gegenwarts- und Herkunftskultur richtig beurteilen können. Hier sind insbesondere zwei Aspekte zu beachten: der wissenschaftlich-abstrakte Charakter der eigenen neuzeitlichen Kultur sowie die Religionen als die weltweit expandierende Motivationsquelle von Individuen und Völkern außerhalb Europas.

Der sogenannte rationale Diskurs der Gebildeten Europas hat es schwer, diese Phänomene richtig einzuordnen. Dies hat mit dem eigenen, eingeschränkten Rationalitätsbegriff zu tun. Der ursprüngliche Erfolg der Industriegesellschaft entfaltete sich - unter anderen historischen Faktoren - aus der Methode der Naturwissenschaften, die nur das als wirklich anerkennt, was gemessen, gewogen und mathematisch berechnet werden kann. Verführt durch den Erfolg reproduzierte die durch Wissenschaft und Technik vorangetriebene Gesellschaft ein Weltbild, in dem alle subjektiven, historischen, ethischen, geistigen, kulturellen und religiösen Gehalte des Lebens keine oder nur

virtuelle Wirklichkeit haben. Was aber keine Wirklichkeit hat, muß für die Orientierung des Menschen auf Dauer als schädliche Illusion angesehen werden. Aus dem methodischen Atheismus der Naturwissenschaften wird also der weltanschauliche Materialismus hypostasiert, in dem Sozialisten, Kapitalisten und kritisch-rationale Liberale eine ihrer tiefen geistigen Gemeinsamkeiten haben. Daß das Ganze mehr und ganz anderes sein könnte, als die rationale Summe der meßbaren Teile, ist für diese Weltanschauung schwer nachzuvollziehen.

Schwer zu begreifen fällt uns somit auch das Phänomen der Religion. Das neue stabile Selbstbewußtsein und die Zukunftsoffenheit Amerikas wären ohne ein neues, alle Ebenen vor allem der Geschäftswelt durchdringendes konservatives Christentum kaum vorstellbar. Was für europäische Liberale schwer nachvollziehbar ist, ist für das amerikanische Freiheitsdenken selbstverständliches Wissen: nämlich daß die unendliche Bedeutung jeder einzelnen menschlichen Person ein spezifisch christliches Kulturgut ist, für das außerchristliche Kulturformen zunächst gar kein Verständnis aufbringen können. Daß Gott geschichtlich gehandelt, selbst Menschengestalt angenommen und um willen jedes einzelnen Menschen einen qualvollen Tod auf sich genommen hat, ist eine Aussage, die für ein naturwissenschaftlich geprägtes Gemüt schlechthin gar nicht beurteilbar ist. Daß die revolutionäre Wirkung dieser Aussage aber weltweit ungebrochen ist, kann nur der wissenschaftlich verstehen, der sich auf eine Wissenschaft einläßt, die ihre eigenen Abstraktionen hinterfragt.

Freie Gesellschaften, die frei bleiben wollen, sind auf die Kenntnis ihrer eigenen historischen Quellen angewiesen. Das tiefere Verständnis der gegenwärtigen Wirklichkeit ergibt sich aus dem Verständnis der Geschichte. Wenn der deutschen intellektuellen Szene Wirklichkeitsfremdheit vorgeworfen wird, hat das sicher mit ihrer Bindung an weltanschauliche und politische Abstraktionen zu tun. Die Politik wäre schlecht beraten, wenn sie sich durch Abstraktionen davon abhalten ließe, das Notwendige zu tun.

Literaturhinweise:

- | | |
|--------------------------------|---|
| Biedenkopf, Kurt | Die neue Sicht der Dinge, Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung, München 1985 |
| Eucken, Walter | Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 5. Aufl., Tübingen 1975 |
| Habermas, Jürgen | Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt 1985 |
| Miegel, Meinrad | Anm.: Auf die im Zusammenhang wichtigen Ergebnisse dieses von M. Miegel erarbeiteten Gutachtens für die Freistaaten Sachsen und Bayern konnte im vorliegenden Text noch nicht eingegangen werden. |
| Mitschke, Joachim | Steuer- und Transferordnung aus einem Guß. Entwurf einer Neugestaltung der direkten Steuern und Sozialtransfers in der Bundesrepublik, Baden-Baden 1985 |
| Müller-Armack, Alfred | Ausgewählte Werke, 4 Bde., Bern, Stuttgart 1981 |
| Jonas, Hans | Das Prinzip Verantwortung, Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, 12. Aufl. Frankfurt 1995 |
| Marx, Karl / Engels, Friedrich | Manifest der Kommunistischen Partei, Stuttgart 1989 |
| Röpke, Wilhelm | Jenseits von Angebot und Nachfrage, 5. Aufl., Bern, Stuttgart 1979 |
| Rohrmoser, Günter | Der Ernstfall. Die Krise unserer liberalen Republik, Frankfurt 1994 |